

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 12./Oktober 1959

Blatt 2001

Wien braucht ein Bodenbeschaffungsgesetz!

12. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 11. Oktober, über die Wohnbauleistung der Gemeinde Wien und die Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes.

Der Bürgermeister führte aus: "Der Wiener Gemeinderat hielt am 17. Juli seine letzte Sitzung vor den Wahlen ab. In dieser Sitzung legte ich den Mitgliedern des Gemeinderates einen Bericht in gedrängter Form über die abgelaufene fünfjährige Arbeitsperiode vor. Mit vollem Recht habe ich diesem Bericht die Tatsache vorangestellt, daß das große Verantwortungsbewußtsein und die Arbeitsbereitschaft der gesamten Wiener Bevölkerung den Gemeinderat in die Lage versetzt haben, große Ziele anzustreben und zu erreichen. Und aus diesem Grunde darf man die abgelaufene Wahlperiode als eine der großen, erfolgreichen und schöpferischen Perioden in der Geschichte unserer Stadt bezeichnen.

Ein wichtiger Teil meines Berichtes beschäftigte sich dann mit den Aufgaben, die die Gemeinde zur Bekämpfung der Wohnungsnot erfüllte. Ich berichtete über den Umfang des sozialen Wohnungsbaues, das sind jene Wohnhausbauten, die von der Gemeinde Wien allein errichtet werden. In den vergangenen fünf Jahren, also von Anfang 1955 bis einschließlich 1959 wurden 26.370 Wohnungen gebaut. Das bedeutet, daß bei einer durchschnittlichen Wohndichte von drei Personen pro Wohnung 80.000 Personen ein Heim gefunden haben. Die Städte St. Pölten und Wiener Neustadt zusammen haben nur 70.000 Einwohner. Wien hat also in fünf Jahren allein durch die Gemeindewohnhausbauten eine fühlbare Erleichterung im Wohnungswesen erhalten. Ich konnte auch berichten, daß

./.

die Gesamtzahl der von der Gemeinde nach dem zweiten Weltkrieg erbauten Wohnungen bis zum Jahresende 1959 die Zahl von 56.600 überschreiten werde.

Mit dieser ungeheuren Leistung hat sich aber die Gemeindeverwaltung nicht zufrieden gegeben. Sie hat zur Lösung der Wohnungsprobleme auch noch zu anderen Mitteln gegriffen. Für den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen wurden in großzügiger Weise Kredite gewährt und dadurch die Bedingungen für die Bauwerber sehr günstig gestaltet. Es geschah dies in Form der öffentlichen Fondsgesetze, und zwar nach den Bestimmungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 und im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion. Für diese drei Baufonds wurden von der Gemeinde Wien eine Milliarde und 88 Millionen Schilling an Krediten vergeben. Mit diesen Zuschußkrediten wurde die Erbauung von 16.600 genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen ermöglicht.

Die Gemeinde hat aber noch in anderer Form für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse gesorgt. Um den privaten Althausbestand in Wien zu sichern, werden schon seit Jahren zinsfreie Darlehen für ihre Instandhaltung gewährt. Diese Darlehen wirken sich zu Gunsten der Hausbesitzer und der Mieter aus, weil die verhältnismäßig hohen Bankzinsen eingespart werden können. In den abgelaufenen fünf Jahren wurden 237 Millionen Schilling solcher zinsfreier Darlehen an den privaten Wiener Hausbesitz vergeben.

Seit Jahren ist dann noch eine weitere Kreditaktion zur Modernisierung der Altwohnungen im Gange. Mit Hilfe dieser Kredite können Wasserleitung und Badegelegenheit, ja sogar Eisschrank und Küchenmöbel in den Wohnungen eingerichtet werden. Ich will aber bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen, daß durch ähnliche Kreditaktionen schon seit Jahren die Beschaffung von Gasgeräten und Elektrogeräten sehr erleichtert wird. Alle diese Aktionen haben die Aufgabe, den Wert der Wohnungen auch in den alten Häusern zu heben und den dort wohnenden Familien das Leben zu verbessern.

Ich bin mir darüber im klaren, daß es in einer Stadt wie Wien, die ungefähr 700.000 Wohnungen hat, immer Wohnungsprobleme geben wird. Daß sie nach Bombenkrieg und Flüchtlingswanderung

besonders dringend sein müssen, sieht jeder objektiv denkende Mensch ein, und deshalb wird es allgemein begrüßt und anerkannt, daß die Stadtverwaltung so große Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot macht. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Zeitungsmeldung richtigstellen, in der behauptet wurde, daß von den 56.000 Wohnungen, die die Gemeinde Wien nach dem zweiten Weltkrieg erbaut hat, fast 12.000 aus Bundesmitteln finanziert worden seien. Diese Zeitungsmeldung hat sich - wie nicht anders zu erwarten war - als unrichtig und irreführend herausgestellt und ich möchte deshalb heute noch einmal darauf verweisen, daß das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien ausschließlich aus Mitteln der Wiener Gemeindeverwaltung finanziert wurde, und keine andere Stelle hierzu einen Beitrag geleistet hat.

Obwohl durch die großzügige Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien, durch die wirkungsvolle Tätigkeit des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der Neuen Wiener Wohnbauaktion und die Mittel aus dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 die Wohnbautätigkeit in den letzten Jahren einen Umfang erreicht hat wie nie zuvor, sind immer noch viele Wohnungsbedürfnisse vorhanden. Am dringendsten sind die der Jungverheirateten und anderer, die noch keine Wohnung haben. Dann kommen alle jene, die sich statt ihrer bisherigen eine bessere Wohnung wünschen. In diesem Verlangen nach einer besseren Wohnung widerspiegelt sich der gesteigerte Lebensstandard unserer Bevölkerung. Aber hier klafft der große Widerspruch zwischen Wollen und Können. Die Wohnungen gehören zu jenen Bedarfsgütern, deren Herstellung sehr lange Zeit erfordert. Alle anderen Bedarfsgüter, wie Kleidung und Möbel, ja sogar Nahrung, lassen sich in viel kürzerer Zeit, die meisten sogar auf dem Fließband herstellen. In dieser Beziehung werden wir beim Bau von Wohnungen vermutlich nie die gleiche Schnelligkeit erreichen. Auf jeden Fall kann ich Ihnen schon heute mitteilen, daß die Gemeinde Wien auch in Zukunft eine ihrer Hauptaufgaben darin sehen wird, möglichst viele Wohnungen zu bauen. Sie wird aber auch, weil die gebesserten Verhältnisse es schon erlauben, die gestiegenen Wohnungsansprüche berücksichtigen und die Wohnungen besser ausstatten als in den ersten Notjahren der Nachkriegszeit.

Der moderne Wohnungsbau, der den Menschen ein gesundes Wohnen mit einem Maximum an Luft und Sonne vermitteln soll, braucht wesentlich mehr Grund und Boden als der Wohnungsbau der früheren Jahrzehnte. Vor dem ersten Weltkrieg wurden die Baugründe bis zum äußersten ausgenützt, um möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen, ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Folgen für die Bewohner. Das Ergebnis dieser Baupolitik sind die noch heute in großer Zahl vorhandenen Wohnhäuser mit dem sogenannten Lichthof, einem schrecklich engen Schacht, der die Wohnungen von der Licht- und Luftzufuhr geradezu absperrt. Diese Wohnungen waren die Brutstätten für alle möglichen Krankheiten, die man früher als ein unabänderliches Schicksal hinzunehmen bereit war. Glücklicherweise haben sich die Verhältnisse geändert und heute weiß jeder, daß zwischen Gesundheit und Wohnung ein sehr inniger Zusammenhang besteht. Die großzügigere Bauweise führt aber dazu, daß es immer schwieriger sein wird, die benötigten Baugründe zur Verfügung zu stellen. Deshalb verlangen die österreichischen Städte schon seit Jahren vom Nationalrat die Verabschiedung eines Bodenbeschaffungsgesetzes, das den Stadtverwaltungen, Genossenschaften und Privatpersonen die Erwerbung von Baugründen zu vernünftigen und vertretbaren Preisen ermöglicht. Ich habe über dieses Problem schon einige Male in meiner Sendung gesprochen und darauf hingewiesen, daß ein solches Gesetz immer notwendiger wird. Die vernünftige Entwicklung unserer Städte, vor allem die Notwendigkeiten des modernen Städtebaues dürfen nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben und müssen vor allem von der ungeheuren Gefahr der Bodenspekulation befreit werden. Ich bin überzeugt, daß die Wiener bereit sind, für die gesunde Entwicklung unserer Stadt alle notwendigen Opfer zu bringen. Geht es doch dabei um das Lebensglück ganzer Generationen. Aber die gesamte Bevölkerung wird sich mit Recht dagegen zur Wehr setzen, würden ihr bei der Durchführung der großen Pläne durch die Bodenspekulanten unnütze und große Opfer auferlegt.

Ich weiß, daß bei vielen anderen Gesetzesvorschlägen immer die Frage aufgeworfen wird, wer die verlangte Neuerung bezahlen wird. Bei der Beschlußfassung über ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz wäre diese Frage überflüssig. Dieses Gesetz kostet dem Staat, den Ländern und den Gemeinden nicht einen

Groschen. Im Gegenteil. Es würde der Allgemeinheit große Summen ersparen. Dabei würden die Grundbesitzer gerecht und anständig entschädigt werden. Allerdings, jene Kreise, die aus der Bodenspekulation Vorteile ziehen wollen, hätten mit einem solchen Gesetz absolut keine Freude.

Manchesmal höre ich den Vorwurf, daß in keinem anderen Land Bodenbeschaffungsgesetze bestünden, und daß ein solches Gesetz unverantwortliche Einbrüche in das private Eigentumsrecht bedeuten würde. Abgesehen davon, daß in Österreich schon im vergangenen Jahrhundert ein Enteignungsgesetz eingeführt wurde, um den Bau der Eisenbahnen überhaupt erst zu ermöglichen, bestehen - wie ich mich aus eigener Erfahrung überzeugen konnte - auch in England und in den Vereinigten Staaten für die Gemeinden sehr weitgehende Möglichkeiten des Grunderwerbes für Bau- und Assanierungszwecke. Die Regierung der Schweiz, hat vor kurzem das ganze Problem durch eine Studienkommission überprüfen lassen, die dann in einem Bericht unter anderem folgendes feststellte: "Die schädlichen Auswirkungen der Bodenpreissteigerungen sind unverkennbar: Verteuerung der Wohnungs- und Geschäftsmieten, Erhöhung der Lebens- und Produktionskosten, möglicherweise Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Steigende Bodenpreise fressen sich störend in das ganze Preis- und Sozialgefüge hinein, die sogenannte Preis- und Lohnspirale mit ihrer sozialen Unrast beruht teilweise auf ihnen." So weit die schweizerischen Erfahrungen, die genau die gleichen sind wie die österreichischen.

Es müssen also möglichst rasch auch bei uns die gesetzlichen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung unserer Städte geschaffen werden. Zu diesen Gesetzen zählen in erster Linie ein Grundbeschaffungs- und ein Assanierungsgesetz.

Tag der Fahne - Festtag für alle

Seit dem Jahre 1955 feiern wir am 26. Oktober den Tag der österreichischen Fahne. Damals haben in Erfüllung des Staatsvertrages die letzten fremden Soldaten Wien und Österreich verlassen, und seit diesem Tag ist die Republik Österreich ein freier und unabhängiger Staat. Deshalb sollen - wie in den vergangenen Jahren - auch heuer an diesem Festtag die rot-weiß-roten Fahnen zum Bekenntnis für unsere Heimat aufrufen. Die städtischen

Gebäude in Wien werden Fahنشmuck tragen, die Straßenbahnen und Autobusse werden ebenfalls geschmückt sein. Doch würde es den Eindruck einer nur behördlichen Feier machen, würden nur die Amtsgebäude geschmückt sein und nicht auch die vielen zehntausenden privaten Häuser. Deshalb wende ich mich auch an die Besitzer und Hausgemeinschaften der privaten Wohnhäuser, an die Betriebe und Geschäftshäuser, am 26. Oktober Fahنشmuck anzulegen. Die Gemeinde will durch festliche Veranstaltungen nicht nur das äußere Bild der Stadt würdig gestalten, sondern der Bevölkerung auch Gelegenheit geben, an Veranstaltungen teilzunehmen, die dem Sinn und der Aufgabe des Festtages gerecht werden. Unsere Kinder sollen schon am Vormittag in den Schulen eine festliche Stunde begehen und im Zeichen der rot-weiß-roten Fahne ein Bekenntnis zur Heimat, zur Republik Österreich ablegen. Am Abend werden viele Denkmäler und Historische Bauten beleuchtet sein. Auch das Rathaus und der Hochstrahlbrunnen werden sich in ihrer ganzen leuchtenden Schönheit zeigen. Auf einigen Plätzen werden Musikkapellen öffentliche Konzerte veranstalten. Der Höhepunkt dieses Tages in Wien wird eine Feier der Bundesregierung in der Stadthalle sein, in der der Herr Bundespräsident und der Herr Bundeskanzler zu den Festteilnehmern sprechen werden. Ein musikalisches und künstlerisches Programm wird der Festveranstaltung einen echt österreichischen Rahmen geben.

Dank für Geburtstagswünsche

Zum Abschluß der heutigen Sendung möchte ich ausnahmsweise einmal einige persönliche Worte sagen. Am vergangenen Sonntag vollendete ich mein 60. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß erhielt ich aus allen Kreisen der Bevölkerung und auch von vielen meiner Hörerinnen und Hörer Glückwunschsreiben und Glückwunschtelegramme. Ich danke allen Gratulanten für diese Aufmerksamkeit, die mir viel Freude gemacht hat. Ich werde selbstverständlich auch in Zukunft für das Wohl aller Wienerinnen und Wiener arbeiten und all mein Wissen und Können für eine frohe Zukunft unserer lieben Heimatstadt einsetzen.

Zum 10. Todestag eines verdienten Pädagogen
 =====

12. Oktober (RK) Am 13. Oktober 1949 ist der Psychoanalytiker und Jugendfürsorger August Aichhorn in seiner Vaterstadt Wien gestorben.

Am 27. Juni 1878 geboren, war er zuerst als Volksschullehrer tätig, wandte sich aber bald der außerschulischen Erziehung von Jugendlichen zu und baute den ersten städtischen Knabenhort auf, dessen Direktor er wurde. Nach dem Weltkrieg leitete er zwei Jugendheime der Gemeinde Wien und übernahm dann eine wichtige Funktion in der Wiener Jugendfürsorge, die ihm den Aufbau der städtischen Erziehungsberatungsstellen verdankt. Schon in jungen Jahren hatte sich Aichhorn als Autodidakt umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Jugendpsychologie erworben und war durch die Gemeinsamkeit der Ansichten mit Sigmund Freud bekannt geworden, dessen Freundeskreis er angehörte. 1925 erschien seine Schrift "Die verwahrloste Jugend. Zehn psychoanalytische Vorlesungen". Die Arbeit wurde in fast alle Weltsprachen übersetzt und gewann grundlegenden Einfluß auf die Verwahrlostenfürsorge. Als im Jahre 1938 die Psychoanalytische Gesellschaft aufgelöst wurde und deren Mitglieder emigrierten, blieb Aichhorn als einziger in Wien zurück und hielt die Verbindung mit dem Ausland aufrecht. Auch seine wissenschaftliche Tätigkeit setzte er weiter fort, wozu ihm der von zahlreichen Freunden in Amerika gegründete August Aichhorn-Fonds und aus der Rockefeller-Stiftung zur Verfügung gestellte Mittel die Möglichkeit gaben. 1948 wurde ihm der Professorentitel verliehen, eine Ehrung, die er sich durch seine wissenschaftlichen Leistungen und durch sein jahrzehntelanges weltweites Wirken wohl verdient hat.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"
 =====

12. Oktober (RK) Dienstag, den 13. Oktober, Route 5 mit Besichtigung des Pratersterns, der Hafenanlagen und Getreidesilos Albern und des Flughafens Schwechat. Teilnehmerzahl aus technischen Gründen auf drei Autobusse beschränkt.

Abfahrt um 14 Uhr vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2.

- - -

Ein Gedenktag unserer Straßenbeleuchtung
=====Am 13. Oktober 1945 die ersten Lampen in Betrieb

12. Oktober (RK) Nach Kriegsende herrschte ein halbes Jahr lang in den Straßen Wiens ägyptische Finsternis. Von dem ausgedehnten Netz der Straßenbeleuchtung mit 37.400 elektrischen Lampen war nach dem Bombenkrieg und den Kampfhandlungen im April 1945 nichts mehr da. Bezeichnend für die damaligen Zustände war ein Aufruf des Bezirksvorstehers von der Wieden, mit dem noch im September eine behelfsmäßige Beleuchtung der Hauptverkehrsstraßen des 4. Bezirkes vorgeschlagen wurde. Die Wohnparteien wurden aufgefordert, in einfachster Form an der Innenseite eines Geschäftslokales oder eines Wohnungsfensters 40 Watt-Lampen anzubringen. Der Stromverbrauch sollte aber durch Einsparungen im Hause eingebracht werden.

Anfang Oktober 1945 begann sich am finsternen Horizont des schwerkgeprüften Wiens der erste elektrische Lichtstrahl zu regen. Die zweite Fernleitung aus dem Westen wurde instandgesetzt und zur gleichen Zeit konnte auch über die Notbrücke nach Floridsdorf das Umspannwerk Nord mit den inneren Bezirken Wiens verbunden werden. Am 13. Oktober hat dann der damalige Bürgermeister Körner auf dem Gürtel zwischen Lichtenwerderplatz und der Gumpendorfer Straße sowie einem Teil der Kreuzgasse in Währing die ersten 326 Straßenlampen eingeschaltet. Noch im gleichen Monat wurde dann die Beleuchtung in einzelnen Straßen der Bezirke 14, 15 und 16 in Betrieb genommen.

Ein Jahr später leuchteten den Wienern bereits 11.500 Straßenlampen und Mitte September 1948 hat Bürgermeister Körner vor dem Amalienbad die 25.000. elektrische Lampe eingeschaltet.

Gegenwärtig wird die Bundeshauptstadt bei Eintritt der Dämmerung von rund 82.000 Straßenlampen erhellt. Der Umfang und die Stärke der öffentlichen elektrischen Beleuchtung hat sich gegenüber dem Stand vor dem zweiten Weltkrieg mehr als verdoppelt. Die öffentliche Beleuchtung in Wien bedient sich der modernsten technischen Errungenschaften. Als der letzte Schrei auf diesem Gebiet kann die Kette der 144 Natrium-Dampflampen in der äußeren Triester Straße bezeichnet werden.

Bürgermeister Jonas sprach vor in- und ausländischen

Wirtschaftstrehändlern

12. Oktober (RK) Anlässlich der festlichen Eröffnung der 12. Österreichischen Betriebswirtschaftlichen Woche hielt heute Bürgermeister Jonas im Messepalast eine Begrüßungsansprache, in der er sagte:

"Als Bürgermeister der Stadt Wien begrüße ich es, daß die Kammer der Wirtschaftstrehänder heuer bereits zum zwölften Male die Österreichische Betriebswirtschaftliche Woche veranstaltet. Aus Ihrem umfangreichen Vortragsprogramm ersehe ich, daß die Bedeutung dieser Tagung wesentlich über den Berufsstand der Wirtschaftstrehänder hinausreicht, weil bei ihr nicht nur Berufsangehörige, sondern auch prominente Vertreter des öffentlichen Lebens, Experten verschiedener Zweige der öffentlichen und privaten Wirtschaft und Sachverständige aus dem benachbarten Ausland Gelegenheit erhalten, über die aktuellsten Probleme der Betriebswirtschaftslehre, des Steuerrechts, der Rechtslehre und des Organisationswesens zu berichten sowie die letzten Entwicklungstendenzen der Wirtschaft aufzuzeigen. Erfreulicherweise zählen heuer besonders viele ausländische Gäste zu den Zuhörern. Durch die Tatsache, daß zwei Fachreferate von Mitgliedern der Bundesregierung gehalten werden, kommt sinnfällig die große Bedeutung dieser Vortragsreihe zum Ausdruck. Man kann daher annehmen, daß die Veranstaltung nicht nur in den Fachzeitschriften, sondern auch in der Tagespresse und damit in der gesamten österreichischen Öffentlichkeit eine entsprechende Würdigung erfahren wird. Ich darf daher den Veranstaltern die besten Wünsche der Stadtverwaltung für einen erfolgreichen Verlauf der Betriebswirtschaftlichen Woche übermitteln. Vor allem aber freut es mich, die Delegierten ausländischer Berufsorganisationen, die Teilnehmer aus den österreichischen Bundesländern und die Vertreter des Wiener Wirtschaftslebens namens der Stadt Wien begrüßen und ihnen einen angenehmen Verlauf der Tagung wünschen zu können. Ich spreche dabei die Hoffnung aus, daß die auswärtigen Gäste wertvolle Informationen über den erfolgreichen Aufbau der österreichischen Wirtschaft und

über die bemerkenswerten sozialen Errungenschaften unseres Landes gewinnen werden. Von besonderer Wichtigkeit aber scheint es mir, daß unsere ausländischen Freunde mit den Wiener Wirtschaftstrehändlern freundschaftliche Beziehungen untereinander und zu unserer Stadt neu anbahnen bzw. weiter vertiefen können.

Die Initiative der Kammer der Wirtschaftstrehänder, die nun schon zum zwölften Male durch die Abhaltung einer groß angelegten und auf hohem fachlichen Niveau stehenden Vortragsreihe die Bedeutung der wirtschaftsprüfenden und wirtschaftsberatenden Berufe für das Gemeinwohl in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückt, kann seitens der Wiener Stadtverwaltung nur aufrichtig begrüßt werden!"

- - -

Gedenktafel für Ferdinand Kürnberger
=====

12. Oktober (RK) Die Bezirksvorstehung Mariahilf und das Mariahilfer Heimatmuseum haben zum Andenken an den Schriftsteller und Publizisten Ferdinand Kürnberger eine Gedenktafel anfertigen lassen. Diese wird Freitag, den 16. Oktober, um 12 Uhr, am Geburtshaus Kürnbergers, 6, Kaunitzgasse 35 (früher Magdalenengrund 18), von Stadtrat Heller enthüllt und in die Obhut der Gemeinde übernommen. Die Gedenkrede hält der Vorstand des Mariahilfer Heimatmuseums Hofrat Prof. Holzer. Zufahrt: Linie 57 bis Apollo-Kino.

- - -

Erziehung zum guten Film

=====

12. Oktober (RK) Das Landesjugendreferat Wien beabsichtigt, in den nächsten Monaten eine verstärkte Aufklärung und Schulung von Eltern und Erziehern in allen Filmfragen durchzuführen, da der Einfluß des Films auf die Charakterbildung der Jugend gegenwärtig von allen Pädagogen anerkannt werden muß. Wie die Leiterin des Landesjugendreferates Wien vor kurzem anläßlich der Vorführung eines Walt Disney-Films über ein Hundeschicksal auf einer amerikanischen Farm vor Eltern und Erziehern mitteilte, handelt es sich um die Erkenntnis und Förderung des guten Jugendfilms, der mehr wert sei als alle Verbote jener sattsam bekannten Erzeugnisse der Vergnügungsindustrie mit ihrem gerade durch die Ablehnung hervorgerufenen Reiz.

Heute um 18 Uhr veranstaltet das Landesjugendreferat Wien gemeinsam mit dem Buchklub der Jugend im Auditorium maximum der Wiener Universität einen Filmabend für die älteren Vereinsobleute aller Schultypen Wiens und die Direktoren dieser Lehranstalten. Gezeigt werden: "Die große Familie" und "Jonny's neue Heimat" aus dem Jugendfilmabonnement des Landesjugendreferates Wien 1959/60. Vor Spielbeginn sprechen der Amtsführende Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung Mandl, Bundesrat Prof. Dr. Lugmayer, Prof. Dr. Bamberger und Prof. Dr. Edith Rausser über Probleme der Kulturerziehung.

- - -

Vertreter sozialtouristischer Reiseorganisationen im Wiener Rathaus
=====

12. Oktober (RK) Bürgermeister Jonas begrüßte heute mittag im Beisein von Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Weinberger, sowie der Stadträte Glaserer, Heller, Mandl, Dkfm. Nathschläger, Riemer und Sigmund im Wiener Rathaus die Teilnehmer an der Konferenz des Internationalen Verbandes sozialtouristischer Reiseorganisationen.

Bürgermeister Jonas übermittelte den Gästen die Grüße der Stadtverwaltung und gab der Erwartung Ausdruck, daß sich ihre Konferenz über die technischen Fragen hinaus auch mit der Grundidee des modernen Sozialtourismus, dem europäischen Zusammengehörigkeitsgedanken, ausführlich auseinandergesetzt habe. Es ist notwendig, sagte er, daß alle gemeinsamen Bemühungen, die den sozialen Fortschritt im Auge haben, auf den großen europäischen Hintergrund projiziert werden. Das gilt auch für den Sozialtourismus, dessen geistige Aufgabe es ist, die Völker unseres Kontinentes durch gegenseitiges Kennenlernen einander näherzubringen und somit dieser Bewegung einen konstruktiven Inhalt zu geben. Das Organisieren von Reisen kann, wie die Bewegung des Sozialtourismus beweist, einen großen ideellen Wert haben. Der Bürgermeister wünschte den an der Wiener Konferenz vertretenen Reiseorganisationen auch weiterhin die besten Erfolge.

Im Namen der Gäste dankte der Konferenzvorsitzende Martin Idiers, Belgien, für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 12. Oktober

=====

12. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Ochse, 3 Stiere, 32 Kühe, 1 Kalbin, Summe 37. Neuzufuhren: Inland 119 Ochsen, 154 Stiere, 503 Kühe, 84 Kalbinnen, Summe 860; Ungarn 11 Ochsen, 9 Stiere, 62 Kühe, 18 Kalbinnen, Summe 100; Polen 34 Stiere, 227 Kühe, 43 Kalbinnen, Summe 304. Gesamtauftrieb: 131 Ochsen, 200 Stiere, 824 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.301. Verkauft alles.

Preise: Ochsen 10.40 bis 12.50 S, Extremware 12.70 bis 13.20 S, Stiere 10.60 bis 13 S, Extremware 13.10 bis 13.50 S, Kühe 7.50 bis 11 S, Extremware 11.20 bis 11.50 S, Kalbinnen 11.50 bis 12.50 S, Extremware 12.60 bis 12.80 S. Beinlvieh, Kühe 7 bis 8.80 S, Ochsen und Kalbinnen 9.40 bis 10.20 S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder erhöhte sich bei Stieren um fünf Groschen, bei Kühen um sechs Groschen, bei Kalbinnen um 14 Groschen und ermäßigte sich bei Ochsen um drei Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Ochsen 11.67 S, Stiere 12.32 S, Kühe 9.33 S, Kalbinnen 11.78 S, Beinlvieh notierte unverändert. Ungarische Ochsen notierten von 11.50 bis 12.50 S, Stiere 12.50 bis 13 S, Kühe 10 bis 12 S, Kalbinnen 12.20 bis 12.40 S. Polnische Stiere 11.80 bis 12.50 S, Kühe 8 bis 10.80 S, Kalbinnen 9.50 bis 12.50 S.

- - -